

Änderungsantrag 1

Axel Voss, Jeroen Lenaers
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0211/2021

Juan Fernando López Aguilar

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag

Ziffer 2

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2. **kommt** zu dem Schluss, dass die DSGVO zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten insgesamt ein Erfolg ist, **und** teilt die Auffassung der Kommission, dass eine Überarbeitung oder Überprüfung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich ist;

2. **nimmt die Bewertung durch die Kommission zur Kenntnis, die** zu dem Schluss **kommt**, dass die DSGVO zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten insgesamt ein Erfolg ist; **weist jedoch auf die von den Interessenträgern festgestellten und von der Kommission bestätigten Probleme und Mängel hin; teilt daher nicht** die Auffassung der Kommission, dass eine Überarbeitung oder Überprüfung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich ist, **und fordert eine umgehende, gezielte Überarbeitung, in deren Rahmen die festgestellten Probleme und Mängel beseitigt werden;**

Or. en

22.3.2021

B9-0211/2

Änderungsantrag 2

Axel Voss, Jeroen Lenaers

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0211/2021

Juan Fernando López Aguilar

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag

Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

2a. hebt hervor, dass die DSGVO zwar – in einigen Bereichen – zu einem Wettbewerbsvorteil für die EU wird, die Ausübung neuer individueller Rechte jedoch nicht erleichtert hat, wie dies ursprünglich erwartet worden war, und die Bemühungen der EU im globalen Wettlauf um künftige Technologien von strategischer Bedeutung und mit hohem Mehrwert für die Gesellschaft beeinträchtigt, indem sie die Unternehmen bei der Nutzung verfügbarer Daten unnötig einschränkt; ersucht den EDSA daher um klärende Erläuterungen zu der Verordnung, damit sich diese neuen Technologien dennoch behaupten können;

Or. en

22.3.2021

B9-0211/3

Änderungsantrag 3

Axel Voss, Jeroen Lenaers

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0211/2021

Juan Fernando López Aguilar

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag

Ziffer 3

Entschließungsantrag

Geänderter Text

3. stellt fest, dass bis zur nächsten Bewertung durch die Kommission eine verbesserte Durchführung und Maßnahmen zur Stärkung der Durchsetzung der DSGVO auch weiterhin im Vordergrund stehen müssen;

3. stellt fest, dass bis zur nächsten Bewertung durch die Kommission eine verbesserte Durchführung und Maßnahmen zur Stärkung der Durchsetzung der DSGVO auch weiterhin im Vordergrund stehen müssen; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, in der Zwischenzeit die Auswirkungen der DSGVO auf in Europa entwickelte innovative und sich abzeichnende Technologien zu untersuchen, darunter auch alle von ihr unbeabsichtigt verursachten Hindernisse für die Entwicklung von Technologien wie Blockchain, künstlicher Intelligenz oder des Internets der Dinge, alle legislativen Mängel zu beheben und Pläne für eine umfassendere Überarbeitung der Verordnung vorzulegen;***

Or. en

Änderungsantrag 4**Axel Voss, Jeroen Lenaers**

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag**B9-0211/2021****Juan Fernando López Aguilar**

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag**Ziffer 6***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

6. weist darauf hin, dass seit Beginn der Anwendung der DSGVO der Begriff „Einwilligung“ jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung der betroffenen Person bedeutet; betont, dass das auch für die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation gilt; stellt fest, dass die Durchsetzung gültiger Einwilligungen weiterhin durch die Einflussnahme auf die Entscheidung der betroffenen Person, die Nachverfolgung zwecks kommerziellen Zwecken und andere unethische Praktiken beeinträchtigt wird; zeigt sich besorgt angesichts der Tatsache, dass Einzelpersonen häufig wirtschaftlichem Druck ausgesetzt werden, ihre Einwilligung als Gegenleistung für Preisnachlässe oder andere kommerzielle Angebote zu geben, oder dass sie gezwungen werden, einzuwilligen, indem der Zugang zu einer Dienstleistung durch bindende Bestimmungen beschränkt wird, wodurch gegen Artikel 7 der DSGVO verstoßen wird; weist darauf hin, dass der EDSA harmonisierte Regeln darüber aufgestellt hat, was eine gültige Einwilligung darstellt, wodurch die unterschiedlichen Interpretationen vieler nationaler Datenschutzaufsichtsbehörden

6. weist darauf hin, dass seit Beginn der Anwendung der DSGVO der Begriff „Einwilligung“ jede freiwillig für den bestimmten Fall, in informierter Weise und unmissverständlich abgegebene Willensbekundung der betroffenen Person bedeutet; betont, dass das auch für die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation gilt; stellt fest, dass die Durchsetzung gültiger Einwilligungen weiterhin durch die Einflussnahme auf die Entscheidung der betroffenen Person, die Nachverfolgung zwecks kommerziellen Zwecken und andere unethische Praktiken beeinträchtigt wird; zeigt sich besorgt angesichts der Tatsache, dass Einzelpersonen häufig wirtschaftlichem Druck ausgesetzt werden, ihre Einwilligung als Gegenleistung für Preisnachlässe oder andere kommerzielle Angebote zu geben, oder dass sie gezwungen werden, einzuwilligen, indem der Zugang zu einer Dienstleistung durch bindende Bestimmungen beschränkt wird, wodurch gegen Artikel 7 der DSGVO verstoßen wird; ***weist darauf hin, dass das Konzept der „in Kenntnis der Sachlage erteilten Einwilligung“ überdacht werden muss, damit für sich abzeichnende Technologien, wie die künstliche Intelligenz mit ihren miteinander***

ersetzt und eine Fragmentierung innerhalb des digitalen Binnenmarktes vermieden wird; weist auch auf die Leitlinien des EDSA und der Kommission hin, in denen festgelegt ist, dass in Fällen, in denen die betroffene Person ursprünglich ihre Einwilligung gegeben hat, die personenbezogenen Daten aber zu einem anderen Zweck weiterverarbeitet werden als dem, zu dem die betroffene Person ihre Einwilligung gegeben hat, die ursprüngliche Einwilligung die weitere Verarbeitung nicht legitimieren kann, da die Einwilligung in Kenntnis der Sachlage und spezifisch sein muss, um gültig zu sein; nimmt die bevorstehenden Leitlinien des EDSA zur Verarbeitung personenbezogener Daten für die wissenschaftliche Forschung zur Kenntnis, die Klarheit über die Bedeutung von Erwägungsgrund 50 der Datenschutz-Grundverordnung schaffen werden;

verbundenen und autonomen Elementen, und vor allem für Fälle, in denen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke verarbeitet werden – wie etwa Hochfrequenzkommunikation zwischen mehreren Akteuren, Maschine-zu-Maschine-Kommunikation (M2M) oder „Vehicle-to-everything“-Kommunikation (V2X) – und in denen sich die Einholung einer gültigen Einwilligung andernfalls als unmöglich erweisen könnte, eine praktikable Lösung gefunden wird; weist darauf hin, dass der EDSA harmonisierte Regeln darüber aufgestellt hat, was eine gültige Einwilligung darstellt, wodurch die unterschiedlichen Interpretationen vieler nationaler Datenschutzaufsichtsbehörden ersetzt und eine Fragmentierung innerhalb des digitalen Binnenmarktes vermieden wird; weist auch auf die Leitlinien des EDSA und der Kommission hin, in denen festgelegt ist, dass in Fällen, in denen die betroffene Person ursprünglich ihre Einwilligung gegeben hat, die personenbezogenen Daten aber zu einem anderen Zweck weiterverarbeitet werden als dem, zu dem die betroffene Person ihre Einwilligung gegeben hat, die ursprüngliche Einwilligung die weitere Verarbeitung nicht legitimieren kann, da die Einwilligung in Kenntnis der Sachlage und spezifisch sein muss, um gültig zu sein; nimmt die bevorstehenden Leitlinien des EDSA zur Verarbeitung personenbezogener Daten für die wissenschaftliche Forschung zur Kenntnis, die Klarheit über die Bedeutung von Erwägungsgrund 50 der Datenschutz-Grundverordnung schaffen werden; **fordert den EDSA auf, Leitlinien für ein benutzerfreundliches und transparentes Genehmigungsverfahren bereitzustellen, um die Zahl der Interaktionen zwischen Diensteanbietern und Endnutzern zu verringern („Cookie-Müdigkeit“) und gleichzeitig ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz der betroffenen Personen und der sicheren Verarbeitung von Kommunikationsdaten auf der Grundlage**

*der Verarbeitung pseudonymisierter
Daten herzustellen;*

Or. en

Änderungsantrag 5**Axel Voss, Jeroen Lenaers**

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag**B9-0211/2021****Juan Fernando López Aguilar**

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
 Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
 Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag**Ziffer 20***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

20. weist auf die Bedeutung des Verfahrens der Zusammenarbeit und Kohärenz hin, wenn es darum geht, Rechtssicherheit zu schaffen und den Verwaltungsaufwand sowohl für Unternehmen als auch für Bürger zu verringern; **äußert jedoch große Besorgnis über das Funktionieren des Mechanismus, insbesondere in Bezug auf die Rolle der irischen und luxemburgischen Datenschutzaufsichtsbehörden; stellt fest, dass diese Datenschutzaufsichtsbehörden für die Bearbeitung einer Vielzahl von Fällen zuständig sind, da zahlreiche Technologieunternehmen ihren Hauptsitz in der EU in Irland oder Luxemburg angemeldet haben; ist besonders darüber besorgt, dass die irische Datenschutzaufsichtsbehörde die meisten Fälle in der Regel mit einem Kompromiss statt mit einer Sanktion abschließt und dass Fälle, die 2018 in Irland eingereicht wurden, nicht einmal das Stadium eines Entscheidungsentwurfs gemäß Artikel 60 Absatz 3 DSGVO erreicht haben; fordert diese Datenschutzaufsichtsbehörden auf, ihre laufenden Ermittlungen in wichtigen Fällen zu beschleunigen, um den EU-Bürgern zu zeigen, dass Datenschutz ein einklagbares Recht in der EU ist; weist**

20. weist auf die Bedeutung des Verfahrens der Zusammenarbeit und Kohärenz hin, wenn es darum geht, Rechtssicherheit zu schaffen und den Verwaltungsaufwand sowohl für Unternehmen als auch für Bürger zu verringern; fordert **die** Datenschutzaufsichtsbehörden auf, ihre laufenden Ermittlungen in wichtigen Fällen zu beschleunigen, um den EU-Bürgern zu zeigen, dass Datenschutz ein einklagbares Recht in der EU ist; weist darauf hin, dass der Erfolg der Mechanismus der „einzigen Anlaufstelle“ von der Zeit und dem Aufwand abhängt, den die Datenschutzaufsichtsbehörden für die Bearbeitung und Zusammenarbeit in einzelnen grenzüberschreitenden Fällen im Rahmen des EDSA aufwenden können, und dass der Mangel an Ressourcen unmittelbare Auswirkungen auf das Ausmaß hat, in dem dieser Mechanismus ordnungsgemäß funktionieren kann;

darauf hin, dass der Erfolg der Mechanismus der „einzigen Anlaufstelle“ von der Zeit und dem Aufwand abhängt, den die Datenschutzaufsichtsbehörden für die Bearbeitung und Zusammenarbeit in einzelnen grenzüberschreitenden Fällen im Rahmen des EDSA aufwenden können, und dass der Mangel an *politischem Willen und* Ressourcen unmittelbare Auswirkungen auf das Ausmaß hat, in dem dieser Mechanismus ordnungsgemäß funktionieren kann;

Or. en

Änderungsantrag 6**Axel Voss, Jeroen Lenaers**

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag**B9-0211/2021****Juan Fernando López Aguilar**

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag**Ziffer 26***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

26. fordert den EDSA auf, die Umsetzung der Datenschutzanforderungen in die Praxis durch die Entwicklung von Leitlinien zu harmonisieren, die unter anderem die Notwendigkeit einer Bewertung der Risiken im Zusammenhang mit den Informationen über die Datenverarbeitung für die betroffenen Personen (Artikel 12–14), die Ausübung der Rechte der betroffenen Personen (Artikel 15–18, 20–21) und die Umsetzung des Grundsatzes der Rechenschaftspflicht betreffen; fordert den EDSA auf, Leitlinien, in denen eine Klassifizierung unterschiedlicher legitimer Anwendungsfälle von Profiling entsprechend ihren Risiken für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen vorgenommen wird, sowie Empfehlungen für geeignete technische und organisatorische Maßnahmen und eine klare Abgrenzung illegaler Anwendungsfälle zu erarbeiten; fordert den EDSA auf, die Stellungnahme 5/2014 der Artikel-29-Datenschutzgruppe zu „Anonymisierungstechniken“ zu überprüfen und eine Liste eindeutiger Kriterien aufzustellen, um eine Anonymisierung zu erreichen; bestärkt die EDPB darin, die Datenverarbeitung für Zwecke der Personalverwaltung zu

26. fordert den EDSA auf, die Umsetzung der Datenschutzanforderungen in die Praxis durch die Entwicklung von Leitlinien zu harmonisieren, die unter anderem die Notwendigkeit einer Bewertung der Risiken im Zusammenhang mit den Informationen über die Datenverarbeitung für die betroffenen Personen (Artikel 12–14), die Ausübung der Rechte der betroffenen Personen (Artikel 15–18, 20–21) und die Umsetzung des Grundsatzes der Rechenschaftspflicht betreffen; fordert den EDSA auf, Leitlinien, in denen eine Klassifizierung unterschiedlicher legitimer Anwendungsfälle von Profiling entsprechend ihren Risiken für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen vorgenommen wird, sowie Empfehlungen für geeignete technische und organisatorische Maßnahmen und eine klare Abgrenzung illegaler Anwendungsfälle zu erarbeiten; fordert den EDSA auf, die Stellungnahme 5/2014 der Artikel-29-Datenschutzgruppe **vom 10. April 2014** zu „Anonymisierungstechniken“ zu überprüfen und eine Liste eindeutiger Kriterien aufzustellen, um eine Anonymisierung zu erreichen; bestärkt die EDPB darin, die Datenverarbeitung für

präzisieren; nimmt die Schlussfolgerung des EDSA zur Kenntnis, dass eine Bewertung der Risiken im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung, wie sie in der DSGVO vorgesehen ist, beibehalten werden sollte, da die Risiken für die betroffenen Personen nicht von der Unternehmensgröße der für die Datenverarbeitung Verantwortlichen abhängen; fordert eine bessere Nutzung des Mechanismus, mit dem die Kommission den EDSA um Ratschläge zu den von der DSGVO abgedeckten Fragen bitten kann;

Zwecke der Personalverwaltung zu präzisieren; nimmt die Schlussfolgerung des EDSA zur Kenntnis, dass eine Bewertung der Risiken im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung, wie sie in der DSGVO vorgesehen ist, beibehalten werden sollte, da die Risiken für die betroffenen Personen nicht von der Unternehmensgröße der für die Datenverarbeitung Verantwortlichen abhängen; fordert eine bessere Nutzung des Mechanismus, mit dem die Kommission den EDSA um Ratschläge zu den von der DSGVO abgedeckten Fragen bitten kann; ***fordert, dass der EDSA um ein Gremium von Interessenträgern aus Forschung, Industrie, Verbraucherorganisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Glaubensgemeinschaften ergänzt wird;***

Or. en

22.3.2021

B9-0211/7

Änderungsantrag 7

Axel Voss, Jeroen Lenaers

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0211/2021

Juan Fernando López Aguilar

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-

Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag

Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26a. fordert den EDSA auf, seine eigene Rolle und die Auswirkungen seiner Leitlinien auf Wirtschaftszweige und die Datenwirtschaft in ihrer Gesamtheit kritisch zu bewerten, indem Bereiche ermittelt werden, in denen seine Auslegung über den Wortlaut der DSGVO und die Absicht des Gesetzgebers hinausgeht; fordert den EDSA auf, auch die Aufgabe eines Dienstleisters zu erfüllen, der Innovationen in ganz Europa ermöglicht;

Or. en

22.3.2021

B9-0211/8

Änderungsantrag 8

Axel Voss, Jeroen Lenaers

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0211/2021

Juan Fernando López Aguilar

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag

Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26b. weist darauf hin, dass die DSGVO bestimmte branchenspezifische Belange nicht abdeckt, was dazu geführt hat, dass die konkrete Anwendung der DSGVO in einigen Branchen noch immer unklar ist; fordert den EDSA auf, eindeutige branchenspezifische Leitlinien für Bereiche wie die Gesundheitsversorgung und das Finanzwesen vorzulegen; weist darauf hin, dass mit dem Einsatz von Verhaltenskodizes auch zur Beseitigung von Rechtsunsicherheit beigetragen werden könnte;

Or. en

22.3.2021

B9-0211/9

Änderungsantrag 9

Axel Voss, Jeroen Lenaers

im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag

B9-0211/2021

Juan Fernando López Aguilar

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag

Ziffer 27

Entschließungsantrag

Geänderter Text

27. weist darauf hin, dass die COVID-19-Pandemie die Notwendigkeit einer klaren Anleitung durch die Datenschutzaufsichtsbehörden und den EDSA zur angemessenen Umsetzung und Durchsetzung der DSGVO in der öffentlichen Gesundheitspolitik deutlich gemacht hat; weist in diesem Zusammenhang auf die Leitlinien 03/2020 zur Verarbeitung von Gesundheitsdaten zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch und die Leitlinien 04/2020 zur Verwendung von Standortdaten und Instrumenten zur Ermittlung von Kontaktpersonen im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch hin; **fordert die Kommission auf, bei der Schaffung des gemeinsamen europäischen Raums für Gesundheitsdaten die vollständige Einhaltung der DSGVO sicherzustellen;**

27. weist darauf hin, dass die COVID-19-Pandemie die Notwendigkeit einer klaren Anleitung durch die Datenschutzaufsichtsbehörden und den EDSA zur angemessenen Umsetzung und Durchsetzung der DSGVO in der öffentlichen Gesundheitspolitik deutlich gemacht hat; weist in diesem Zusammenhang auf die Leitlinien 03/2020 zur Verarbeitung von Gesundheitsdaten zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch und die Leitlinien 04/2020 zur Verwendung von Standortdaten und Instrumenten zur Ermittlung von Kontaktpersonen im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch hin; **betont, dass gewinnorientierte Unternehmen auch wichtige wissenschaftliche Forschung betreiben; fordert daher eine weite Auslegung der Bestimmung über „wissenschaftliche Forschung“ sowie einen kohärenten Ansatz in Bezug auf die Nutzung sensibler personenbezogener Daten;**

Or. en

22.3.2021

B9-0211/10

Änderungsantrag 10
Axel Voss, Jeroen Lenaers
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Juan Fernando López Aguilar

B9-0211/2021

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Bewertungsbericht der Kommission über die Durchführung der Datenschutz-
Grundverordnung zwei Jahre nach Beginn ihrer Anwendung

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

27a. hebt hervor, dass eine sekundäre Nutzung von Daten in der Gesundheitsversorgung vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie wichtig ist, und fordert daher eine breitere Auslegung der Einwilligung, die auch andere Zwecke ermöglichen würde als ursprünglich vorgesehen; betont ferner, dass eine verstärkte Harmonisierung im Bereich der Verarbeitung personenbezogener Daten zu Forschungszwecken von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, eine Reihe von Vorschriften für Gesundheitsdaten auszuarbeiten, um für ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz der personenbezogenen Daten und der Fähigkeit zu sorgen, dass in europäischen Datenräumen europäische KI trainiert werden, Gesundheitsforschung betrieben wird und die Gesundheitsdienste für die Bürger verbessert werden;

Or. en